

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzigste Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landeshauptmanns, des Arbeitsgerichts und des Hauptkollektors in Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtmagistrats in Bischofswerda bestellungsweislich bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Verlag: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Man, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Nr. 12 Dresden Nr. 1521. Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Abrechnungswesen jeden Sonntag abends für den folgenden Tag. Tagespreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich 20.00, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pf.)

Verleger Herr Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Änderung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsvereinfachungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpolige Zeile 10 Pf., 36 mm breite einpolige Zeile 8 Pf., 28 mm breite einpolige Zeile 6 Pf., 20 mm breite einpolige Zeile 4 Pf. Für das Ersetzen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 68

Freitag, den 20. März 1931.

86. Jahrgang

Tageschau.

Bei der 2. Beratung des Wehrstaats im Reichstag ergriff Reichswehrminister Groener das Wort, der die politische Einstellung der Wehrmacht, den Ersatz sowie die Abrüstung behandelte. Groener forderte weitere gesetzliche Maßnahmen gegen die Vaterlandsverleumdung, die Deutschland im Ausland hinsichtlich der Wehrmacht bezichtigten.

Nach Meldungen aus Berlin sind die zwischen dem Deutschen Reich und Deutschland getroffenen wirtschaftspolitischen Abmachungen so weitgehend, daß sie als Zollunion bezeichnet werden könnten. Der Vertragsschluss solle möglichst vor Ende der Woche erfolgen.

Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft veranstaltete am Donnerstag eine Versuchsfahrt zwischen Berlin und Magdeburg mit neuen vierachsigen Personenzügen, wobei Geschwindigkeiten bis zu 140 km pro Stunde erzielt wurden. Die Reichsbahn wird in Zukunft nur noch diese neuen Wagen bauen und die älteren Modelle allmählich aus dem Verkehr ziehen.

Der Schnellzug Paris-Bordeaux entlegte Donnerstag abend auf dem Bahnhof Champen. Die Zahl der Todesopfer beträgt 6, die der Schwerverletzten 10.

Drei Teilnehmer der Luftkassette des italienischen Südamerikafluges sind Donnerstag mittag auf einem Flugel bei Pisa mit dem Flugzeug ins Meer gestürzt und ertrunken.

Am der Nordküste Norwegens ist in der Nähe von Hammerfest der norwegische Dampfer „Hera“ in einem orkanartigen Sturm gestrandet und einige Stunden später in der Mitte auseinandergebrochen. Sieben Personen fanden bei dem Unglück den Tod.

Den 127 Überlebenden der Wlängerpedition droht auf hoher See der Tod durch Verhungern. Die Insel ist von einer fünf Meilen breiten, hohen Eisschicht umgeben, so daß die Hilfsschiffe, die Nahrungsmittel und Medikamente bringen sollten, nicht an Bord können, keine Hilfe bringen können.

Die Philippinen wurden am Donnerstag von einem Erdbeben heimgesucht, das beträchtlichen Sachschaden anrichtete.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Innenpolitik um die Wehrmacht.

Berlin, 19. März. Der Reichstag hat am Donnerstag einen Großkampf hinter sich gebracht, eine Dauer Sitzung von vormittags 10 Uhr bis nach 7 Uhr abends. Ein großer Teil war es allerdings nicht. In der Hauptsache hat es sich um den Haushalt des Reichswehrministeriums gehandelt. Dabei wurden aber nur am Rande die grundsätzlichen Fragen der Wehrpolitik und die außenpolitisch wichtigen Fragen der Abrüstung behandelt. In der Hauptsache beschäftigte man sich mit der Innenpolitik, die im letzten Jahr so reichlich ihre Ranken um die Wehrmacht gewickelt hat. Den Kern dabei bildete der Leipziger Prozeß, der ein traurig-sensationelles Licht durch die Verteilung einer Erklärung des ehemaligen Reichswehrleiters Scheringer durch den kommunistischen Rippberger erhalten hat. Scheringer bekennt sich hier zum Bolschewismus und tut das in einer Sprache, die von wahren Verwirrungen läßt, daß er nicht der alleinige Verfasser ist. Scheringer hat die Erklärung aus der Festung Gollnow datiert, wo er gegenwärtig seine Haft verbüßt. Man weiß, daß in Gollnow auch zahlreiche Kommunisten sitzen. So kann man den Brief ohne weiteres auf eine gewisse Hysterie unter der Einwirkung anderer Festungsgefangener zurückführen.

Außerdem wurden, besonders von Reichswehrminister Groener, deutliche Worte über den Landesverrat gesagt, der von gewissen Sozialisten getrieben wird. Groener hat die Ergreifung von Maßnahmen gegen diese von niedrigeren Rang abwärts gewöhnlichen Gewinnsucht getriebenen Staatsverleumdung angeordnet. Was des näheren damit gemeint ist, hat der Zentrumsgesandte Erling dann in der Aussprache zum Ausdruck gebracht, als er Anklage gegen die Deutsche Friedensgesellschaft erhob, die den Kriegsbekämpfern Material liefert und damit den Wehrkampf gefährdet. Während die Köpfe dieser nunmehr in Licht und Bann getanen Friedensgesellschaft sitzen an führenden Stellen in demselben Reichsbanner, das die Förderung der preussischen Regierung genützt. Man sollte eigentlich meinen, daß nicht nur die Reichsregierung, sondern auch das Zentrum in Bremen aus diesen erschreckenden Karikaturen im Reichstag ihre Schlussfolgerungen ziehen müßten.

Neben diesen und anderen Einzelheiten um die Innenpolitik im Zusammenhang mit der Wehrmacht und neben der nochmaligen Unterbrechung der Bedeutung des Panzerfahrzeuges durch den Reichswehrminister, neben den unvermeidlichen fortgesetzten Auseinandersetzungen zwischen den marxistischen Brüdern der SPD. und KPD. hatte der Reichstag noch in der dritten Lesung und in der Schlussabstimmung den Beschlüssen über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittler zu erledigen. Es blieb dabei im Zeichen der sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit bei der in der zweiten Lesung angenommenen Fassung. In die erste Beratung des Zollernabstimmungsgegesetzes wurde nur eingetreten, um den Entwurf dem handelspolitischen Ausschuss zu überweisen.

Die Rede des Reichswehrministers.

Reichswehrminister Groener behandelte in seiner Rede folgende Fragen: die politische Einstellung der Wehrmacht, den Ersatz, die Abrüstung, sowie die Verbrüderung. Er führte aus: Die Wehrmacht brauche ein Berufsideal. Eine ideale Aufgabe als die Verteidigung des Vaterlandes könne es nicht geben. Auf der Wehrmacht ruhe der Staat. Im Haushaltsausschuss sei ein staatspolitischer Unterricht angeregt worden. Das Wehrministerium werde in den nächsten Tagen einen Vorkurs für die Wehrmacht und Unterricht herausgeben.

In diesem Zusammenhang kam der Minister auf den Leipziger Prozeß gegen die Wehrmacht zu sprechen und meinte, daß er „völlig reinigend“ gewirkt habe. Ob der Prozeß nötig gewesen sei oder nicht, sei eine Rechtsfrage. Das höchste Gericht habe die Strafen der Wehrmacht festgesetzt. Bei dem dringenden Verdacht hätte er keine andere Möglichkeit gehabt, als die Wehrmacht dem Richter zuzuführen. Abg. von Seck hat die Rede der Herrschaft für den Fall der Wehrmacht und Minister mit unbestimmter Schärfe durchgegriffen.

Der Minister ging sodann auf die öffentliche Kritik an der Reichswehr durch ehemalige Offiziere über. Sie hätten dem Staat, dem sie jahrelang gedient hätten, nicht mit schmerzhaftem Haß gegenüberstehen. Er erwähnte den Fall des Chefs der Heeresleitung.

Sodann wandte sich der Minister dem Ersatz der Wehrmacht, der Fürsorge und der Versorgung zu. Nach der Statistik seien am 1. Januar 1930 etwa 55 Prozent Stadt- und 45 Prozent Landwehrgewesen. Der Beruf der Väter zeige folgendes Bild: Industrielle Kreise 38 Prozent, landwirtschaftliche Kreise 23 Prozent, Reichs-, Landes- und Gemeindebedienstete 20 Prozent, Freie Berufe 12 Prozent, ohne Beruf 7 Prozent. Grundsätzlich sei es das Ehrenrecht jedes Deutschen als Soldat zu dienen. Aus politischen Gründen würden solche Bewerber abgelehnt, denen nachzuweisen sei, daß sie sich in „verfallenen“, also auch in wehrfeindlichem Sinne betätigt hätten.

Bewerber aus Kreisen, die für Abtreibungsversuche und Fahnenflucht seien, dürften unter keinen Umständen in die Wehrmacht aufgenommen werden.

Die kaiserlichsten Kreise sollten alle für die Erziehung der Jugend geeigneten Maßnahmen unterstützen.

Dann wandte sich der Minister gegen die Senkung der Bauunterhaltungsmittel, da die Kaserne ja die Wohngebäude der langdienenden Freiwilligen seien. Er forderte eine gesetzliche Jalousievorkehrung und wies auf die dem Reichstag vorliegenden entsprechenden Verbesserungsvorschläge hin. Er wies auf die vorzügliche Ausbildung der Wehrmacht für bürgerliche Berufe und die Tatsache hin, daß sie ein vorzügliches Material für die Ausbildung landwirtschaftlicher Art zur Verfügung stelle. Mit der Verbesserung der Zivilversorgung könnten 22 Millionen RM. Übergangsgebühren größtenteils eingespart werden.

Dann ging der Minister zu der Frage der Abrüstung über. Deutschland müsse von der kommenden Abrüstungskonferenz volle Gleichberechtigung und die Erfüllung seines guten Rechts erwarten. Der fertiggestellte Komplemententwurf sei alles andere als eine geeignete Grundlage. Er diene der Verschleierung und Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Missverhältnisse der europäischen Rüstungen. Er, Groener, habe den Eindruck, daß man den Rüstungsvorsprung der anderen Mächte unter dem Deckmantel der Abrüstung auch für die Zukunft stabilisieren wolle. Man scheine die psychologischen Wirkungen einer solchen Behandlung Deutschlands völlig außer acht zu lassen.

Wenn man der Bereitschaft und tätigen Mitarbeit Deutschlands immer wieder die Forderung einseitiger Entwaffnung gegenüberstelle, könne das nicht ohne Rückwirkung auf den Willen und den Glauben an die Möglichkeit einer Verständigung bleiben.

Schließlich beschäftigte sich der Minister noch mit der Frage der „Geheimrüstung“ und erklärte wörtlich: „Noch ein Wort über die Frage der „Geheimrüstung“. Für mich besteht nicht der geringste Zweifel, daß die Verkünder solcher Nachrichten im Ausland, namentlich die Faschisten, an diese Märchen selber nicht

glauben. Sie wollen nur einen Vorwand für ihre Rüstungs- oder Aufrüstung haben. Das Trübsche bleibt hier aber die Tatsache, daß diese Kreise des Auslandes ihr Material zum größten Teil von Deutschen beziehen, deren Treueherd (nationalistischer Haß) gegen alles Militärische oder aber gewöhnliche Gewinne sucht ist.

Ich halte außerordentliche gesetzliche Maßnahmen gegen diese Staatsverleumdung für erforderlich und habe sie auch beim Reichskabinett bereits beantragt. (Beifall.) Es ist ein Lebensrecht des Staates, sich gegen Verleumdungen zu schützen, die seinem Ansehen im Ausland den größten Schaden zufügen. Geheimrüstungen gibt es nicht!

Ich habe aber nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir all. Maßnahmen zum Schutze unserer Grenze treffen, soweit uns das unsere schwachen militärischen Kräfte und unsere vertraglichen Bindungen erlauben. Ich bin fest davon überzeugt, daß sich zur Verteidigung der Grenze unseres Vaterlandes ebenis zusammenfinden werden wie in der Verteidigung unseres vertraglichen und moralischen Rechts auf Abrüstung.“

Der Fall Scheringer.

In dem Schreiben des ehemaligen Wehrminister Scheringer, das der kommunistische Abgeordnete Rippberger am Donnerstag im Reichstag verlas (siehe Reichstagsbericht) und das Scheringer selbst im Einvernehmen mit den beiden mitermittelten Offizieren abgelehnt hat, erklärt er, er sei von lehrer überzeugt gewesen, daß die soziale und nationale Befreiung Deutschlands nur auf dem Wege der Gewalt zu erreichen sei. Deshalb sei er Soldat geworden. In der Reichswehr habe er aber keine Befriedigung gefunden, sondern sei wegen der Verleumdung, seine Ideen zu verbreiten, verurteilt worden. Er habe sich deshalb zur Nationalsozialistischen Partei begeben. Diese habe ihn aber inzwischen ebenso enttäuscht. Die Nationalsozialisten hätten im letzten halben Jahre bemerkt, daß auch sie nur „Knechte des Kapitals“ seien. Durch die Forderung von Lenin und der übrigen Führer der kommunistischen Partei habe er sich nunmehr überzeugt, daß die nationale und soziale Befreiung Deutschlands nur durch die kommunistische Partei erfolgen könne. Dieser Partei werde er daher in Zukunft dienen.

Im übrigen ist dieser Brief vollständig im Sinne der kommunistischen Ideologie und auch im Sinne der kommunistischen Propaganda gehalten, so daß man fast annehmen möchte, nicht Scheringer selbst sei der Verfasser, sondern ein wackeliger Kommunist habe Scheringer diese Erklärungen in die Feder diktiert. Sehr klar kann das Denken dieses ehemaligen Offiziers nicht sein, wenn er gerade von den Kommunisten, die sich in allem ihren Handeln sklavisch dem Gebote einer fremden Macht, Moskaus, unterwerfen, die nationale Befreiung Deutschlands erhofft.

In einem Teil der Berliner Presse wird darauf hingewiesen, wie unredlich und im staatspolitischen Sinne töricht man lehrseitig gehandelt hat, als man nach den Septemberwahlen den Nationalsozialismus von der politischen Mitverantwortung im Staat ausschloß.

Die Berliner „Nachtausgabe“ erklärt, daß, wenn dieser Brief wirklich echt sein sollte, er ein ernstes Warnungssignal seien, das man nicht übersehen dürfe, woher junge Menschen sich ableiten können, wenn sie in ihrem nationalen Willen und in ihrer nationalen Entwicklung, wie es bei Scheringer der Fall ist, immer wieder gehindert und zurückgedrängt werden. Ihre nationalen Wünsche und Hoffnungen schließlich in einen schlimmen Radikalismus und in eine Verzweiflung um, die sie den Kommunisten zuführt. Man sollte, so erklärt das Blatt, das weitgehend bei denen beachten, die der Meinung sind, die nationale Freiheitsentwicklung in Deutschland mit Gummitruppen und mit Terror niederzuschlagen zu können.

Sabotage des Deutschlandliedes beim Fußballländerkampf in Paris.

Paris, 17. März. Der „Intransigeant“ leistet sich heute abend einen echt französischen Kommentar zu dem Zwischenfall über die Nationalhymne bei dem Länderkampf im Stadion von Colombes. Das Blatt kommt in einem Artikel von dem Fall Weingartner auf die Anwesenheit zahlreicher Deutscher in Paris zu sprechen und erklärt u. a., daß die deutschen Besucher immer eine korrekte Aufnahme finden werden, wenn sie sich selbst korrekt verhalten. (1) Wörtlich schreibt das Blatt:

„Von gewisser deutscher Seite sind diplomatische Schritte unternommen, und es ist mit ungewöhnlicher Hartnäckigkeit verlangt worden, daß die deutsche Nationalhymne gespielt wird. Deutscher hätte man uns dieses Lied aufzuzwingen. Warum hat man nicht gleich verlangt, daß die Hymne von unserer Militärkapelle gespielt wurde? Diese Angelegenheiten auf deutscher Seite sind in eleganter französischer Art übergegangen worden. Der Platz des Orchesters war dem Publikum überlassen.“

Durch den Lautsprecher hörte man den Reklamieren irgendeiner preussischen Hymne, die dann überging in die aufjauchenden Klänge unserer Marschmusik.“ Der „Intransigeant“ findet also die Sabotage des Deutschlandliedes als ganz selbstverständlich.